

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 8

Artikel: Der Parteitag und die Sowjetstreitkräfte
Autor: Csizmas, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095407>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Ende der NEP

Bei der Aufzählung der KPdSU-Kongresse in ZB Nr. 7, Seite 7, gehört die Bemerkung «Schluss mit der NEP» zum 15. Kongress von 1927 (und nicht zum 10. Kongress von 1921).

*

In der gleichen Nummer ist eine Stelle im Beitrag von Michael Stemmer durch eine falsche Zeile unverständlich geworden. Nach dem Zwischentitel «... und zeichnet sowjetische Invasionssoldaten aus» (S. 10, 3. Spalte) muss der Text richtig lauten: «Und am 21. August 1970 zeichnete Martin Dzur sowjetische Soldaten aus, die sich im August 1968 bei der brüderlichen Hilfeleistung an die Tschechoslowakei, besonders ausgezeichnet haben!»

Zwei grosse Säuberungen waren noch vor jenem Kongress durchgeführt worden. Die erste wurde von der 16. Parteikonferenz 1929 angeordnet. Am 1. 1. 1928 betrug die Mitgliederzahl der Partei 1,5 Millionen; davon wurden über 130 000 ausgeschlossen. Nachher wurde eine neue Werbung organisiert, bis Januar 1933 der Mitgliederbestand über 3,5 Millionen war. Im Januar 1933 beschloss das ZK wiederum eine Säuberung, «um eine eiserne proletarische Disziplin» zu garantieren, d. h. diejenigen auszuschliessen, die den Anforderungen der Kollektivierungskampagne 1929—1933 nicht gewachsen waren. Die Folge waren 114 000 Ausschlüsse. Die grössten Säuberungen erfolgten aber erst nach dem Parteikongress. Die Mitgliederzahl ging von 3 555 000 im Frühjahr 1933 auf 1 920 000 im Jahre 1938 zurück.

In den osteuropäischen volksdemokratischen Parteien wurden nach der Einverleibung der Sozialdemokraten in die KPs die ersten grossen Säuberungen organisiert, um die unzuverlässigen «Verbündeten» los zu werden. Ausserdem hat man in Polen zwischen 1957 und 1967 dreimal Säuberungen organisiert, um zuerst die Stalinisten und nachher die «Revisionisten» zu entfernen. In der CSSR wurde eine Überprüfung der Mitgliedschaft in der Form des Austausches der Parteibüchlein 1966 angeordnet; die grosse Säuberung beschloss jedoch das ZK-Plenum vom Dezember 1970.

Dass die neue sowjetische Säuberung genauso die Festigung des neuen Führungsgremiums zum Ziele hat wie seinerzeit diejenige von 1954, ist nicht zu bezweifeln. 1954 wollte man die Partei von den Berija-Anhängern und den altkonservativen Elementen säubern; jetzt will man einerseits die kriminellen, passiven Elemente, andererseits aber aller Wahrscheinlichkeit nach die rechte und linke «Opposition», d. h. die Anhänger der Ausdehnung der sozialistischen Demokratie und des revolutionären Kurses, entfernen. Es ist möglich, dass dieser Kurs in der KPdSU — besonders in Zentralasien — einige Befürworter hat, wie dies chinesischerseits oft behauptet wird (die «Gruppe der Marxisten-Leninisten»). Allerdings wird der wichtigste Unterschied zwischen den Säuberungen der 30er Jahre und der Breschnewschen darin bestehen, dass die Aus-

geschlossenen jetzt nur ihre Positionen, nicht aber auch ihre Freiheit und eventuell ihr Leben verlieren werden.

3.

Auch die vom Kongress angeordneten weiteren Statutenänderungen haben einzig und allein zum Ziele, die Macht der von ihrer heutigen Führung hundertprozentig in der Hand gehaltenen Partei noch mehr auszubauen. Art. 59 des Statutes wurde dahingehend geändert, dass die Grundorganisationen der Partei in wissenschaftlichen Instituten, Schulen usw. nicht mehr das Recht auf nur indirekte, sondern auf direkte Kontrolle innehaben (was mit dem Recht, bindende Weisungen zu erteilen, verbunden ist).

*

Was die Aussenpolitik betrifft, hat der Kongress eigentlich nichts Neues gebracht.

Die friedliche Koexistenz mit dem Westen und die gleichzeitige Unterstützung der «nationalen Befreiungsrevolutionen» gegen den koexistierenden Westen wurden bestätigt.

Während das China-Problem an den Republikkongressen kaum oder nur ganz nebenbei erwähnt wurde, befassten sich auf dem Unionskongress alle Hauptredner und viele Gäste damit. Der lettische Parteichef I. Voss verurteilte die spalterische und antileninsche Politik der chinesischen Führung (Prawda, 3. 4. 1971, S. 2 und 3). Der litauische Parteichef Snetschkus beschuldigte Maos Anhänger, in der Zeit der Laos-Offensive des Imperialismus die wütendsten antisowjetischen Kampagnen gestartet zu haben (Prawda, 3. 4. 1971). Der Erste Komsomolsekretär Tjaschenikow klagte die chinesische Führung der Auflösung des chinesischen Komsomols und des Abbruchs der Kontakte zwischen Sowjetjugend und chinesischer Jugend an (Prawda, 4. 4. 1971). Der Erste Sekretär des Küsten-Grenzgebiets im Fernen Osten warf den Chinesen Verrat an den wichtigsten Interessen des chinesi-

schen Volkes, provokatorische Aktionen usw. vor (Prawda, 6. 4. 1971). Auffallend grosse Aufmerksamkeit widmete Breschnew den sowjetisch-chinesischen Verhältnissen; dabei betonte er: «Wir werden die nationalen Interessen des Sowjetstaates nicht preisgeben» (Prawda, 31. 3. 71, Kap. I).

Bewertung

Dieser Parteikongress wird wahrscheinlich dadurch charakterisiert, dass er den *Ausbau eines zentralisierten bürokratischen Absolutismus neo-feudalen Charakters* beendete. Die ersten Schritte zur Zentralisation der Partei unternahm Breschnew nach seiner Machtübernahme im Herbst 1964, anschliessend erfolgte eine totale Rezentralisation des Staatsapparates (1965—1970). Der 23. Kongress (Frühjahr 1966) festigte die erschütterte Stellung des neuen Sowjetadels; jetzt wurde er vom Volk noch mehr isoliert. Das Regime wurde jetzt wieder tatsächlich zur Diktatur über das Proletariat. Das einzige Eingeständnis in Richtung einer «Demokratisierung» besteht darin, dass der Fünfjahresplan jetzt in seiner letzten Form doch vom Obersten Sowjet, aber auf Grund der vom Kongress verabschiedeten Direktiven, verabschiedet werden soll (Prawda, 11. 4. 1971). Allerdings bleiben die Betriebe bzw. die einzelnen Verwaltungseinheiten bis Ende 1971 ohne Plan, da der Ministerrat den endgültigen Planentwurf erst bis zum 1. September 1971 dem Parlament zu unterbreiten hat.

Breschnew erklärte in seinem Rechenschaftsbericht den Bruch sowohl mit dem Personenkult Stalins als mit dem Subjektivismus Chruschtschews und bezeichnete seinen eigenen Kurs als einen marxistisch-leninistischen (Prawda, 31. 3. 1971, Kap. IV). Der Kongress bestätigte den Breschnew-Kurs, eine neue Generallinie besonders in der Innenpolitik. Jeder absolute Herrscher in der Geschichte hat sich einen neuen Adel geschaffen, der ihm treu dient, ihm seine Existenz dankt. ■

Der Parteitag und die Sowjetstreitkräfte

Von Michael Csizmas

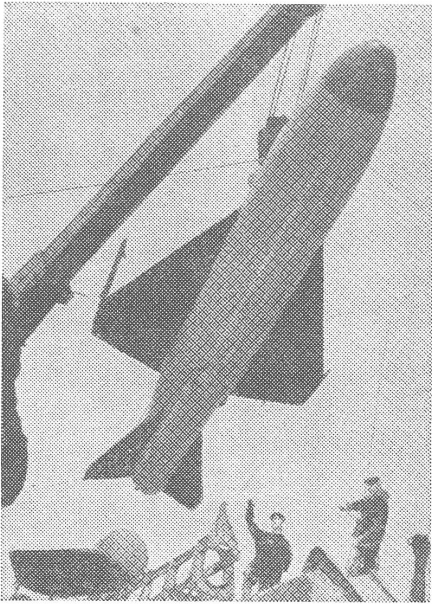
«Armee und Kriegsflotte bewachen zuverlässig die heiligen Grenzen des Landes und sind bereit, jeden Befehl von Partei und Heimat durchzuführen.» Mit diesen Worten begann der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Andrei Gretschko am 2. April seine Meldung über die erfolgreiche Entwicklung der sowjetischen Streitmacht. Er fuhr fort: «Wir Soldaten sind der KPdSU dankbar. Die Streitkräfte unterstützen die Innen- und Aussenpolitik der Partei, die Politik der Regierung.»

Aufrüstung weit über das defensive Bedürfnis hinaus

Es wird tatsächlich nirgendwo mehr daran gezweifelt, dass es der Sowjetunion in den letzten Jahren gelungen ist, den Abstand, den sie im Bereich der strategischen Kernwaffen zu den USA hatte, zu einem guten Teil zu überwinden. Der Erfolg wird vor allem auf die Entwicklung der interkontinentalen SS-9-Raketen mit Mehrfachsprengkörpern, ferner auf die Bestückung von Atom-U-Booten mit ballistischen Geschossen sowie auf den Fortschritt im Bereich der Antiraketen-Systeme zurückgeführt. Die grossen Anstrengungen belasteten und belasten die sowjetische Wirtschaft, die gerade jetzt mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Die Paraden auf dem Roten Platz und auf dem Flugfeld von Domodedowo, die Manöver «Dnepr», «Dwina» und «Ozean», die Okkupation der Tschechoslowakei — das sind Meilensteine in der Entwicklung der sowjetischen Armee und Kriegsflotte in den vergangenen fünf Jahren.

Neue, vervollkommnete Waffensysteme haben in alle Teile der Streitkräfte Einzug gehalten. Was auf Paraden an Neuheiten vorgestellt wurde, erprobte man beim Einsatz in Manövern bisher unbekanntem Ausmasses. Die Sowjetunion hat nicht nur die Qualität und Quantität ihrer strategischen Raketentruppen, ihrer Marine und ihrer Luftwaffe seit dem 23. Parteitag der KPdSU (1966) in beschleunigtem Tempo gesteigert, son-



«Raketenübernahme in einem Stützpunkt der Rotbanner-Pazifikflotte. Rechtzeitig und richtig bestimmte die KPdSU die Rolle der Raketenwaffe und organisierte ihre Massenproduktion.» Bild und Legende aus «Volksarmee», Ostberlin.

den in gleicher Weise auch ihre Landstreitkräfte weit über das Mass dessen hinaus entwickelt, was sie für defensive Zwecke braucht. Obwohl die Kampfkraft der Streitkräfte der NATO im Laufe des letzten Jahrzehnts erheblich reduziert wurde, ist die Kampfkraft der östlichen Militärkoalition im gleichen Zeitraum erheblich gewachsen.

Die Zahl der Mot.-Schützen-Divisionen ist von 93 im Jahre 1966 auf 112 im Jahre 1970, die der Panzer-Divisionen im gleichen Zeitraum von 44 auf 51 und die der Artillerie-Divisionen von 7 auf 11 gestiegen. Die Panzer sind von 51 000 im Jahre 1966 auf 55 000 im Jahre 1970 vermehrt worden, die Artillerie in den Panzer- und Mot.-Schützen-Divisionen wurde um 200 Batterien zu je 6 Geschützen verstärkt. Die Geschosswerfer (Stalin-Orgeln) bei den Pz-Divisionen sind um 50 Prozent vermehrt, die MS-Divisionen sind auf BM 21 umgerüstet worden, was die Verdoppelung der Rohre und Reichweite bedeutet. Die Raketenartillerie wurde durch Vermehrung der schießenden Batterien in den FROG-Abteilungen (Reichweite bis 100 km) um 1 und in den SCUD-Brigaden (Reichweite bis 900 km) um 3 verstärkt bei gleichzeitiger beträchtlicher Erhöhung der Beweglichkeit. Dem entspricht die Verbesserung der Fliegerabwehr aller Truppen durch 2 zusätzliche Flakbatterien je Regiment und durch Einführung eines neuen Flakraketen-Waffensystems (Drillingsraketen auf mobiler Startrampe) zur Begleitung von Panzerverbänden. Die Liste der Vermehrungen und Verbesserungen liesse sich noch fortsetzen.

Bemerkenswert ist, dass trotz der Spannungen zwischen Sowjetunion und Volksrepublik China die sowjetischen Landstreitkräfte weiterhin in Europa massiert sind. 64 Prozent der Kampfdivisionen und 84 Prozent der Lenkwaffen-Brigaden der Sowjetarmee stehen auf dem europäischen Felde. Die kürzlich gemeldete Versetzung von etwa 150 sowjetischen Mittelsteckenraketen aus Europa

nach Sibirien bedeutet angesichts der wesentlichen Kräfteverschiebungen seit der Okkupation der CSSR keine wesentliche Streitmacht-Verdünnerung oder eine Verminderung des sowjetischen Drucks auf Westeuropa.

Militärkenntnisse sind promotionspflichtiges Schulfach

Gretschko berief sich mit Recht darauf, dass das im Oktober 1967 verabschiedete neue Wehrpflichtgesetz noch bessere Bedingungen schuf, um die Streitkräfte durch gebildete, physisch gestählte Jugendliche zu stärken. Chruschtschews Verordnung über die Abschaffung der vormilitärischen Ausbildung in den Mittelschulen vom 24. April 1962 wurde ausser Kraft gesetzt, und seit dem Schuljahr 1968/69 werden in der 9. und 10. Klasse in je 70 Stunden Theorie Militärfächer unterrichtet.

Ueber die Stundenzahl der praktischen militärischen Beschäftigungen in den Schulen werden keine Statistiken veröffentlicht. Die Note aus den militärischen Kenntnissen wird in jedem sowjetischen Abiturzeugnis aufgeführt, und wer bei diesem Gegenstand durchfällt, bekommt kein Abschlusszeugnis.

Ebenfalls zu den einschlägigen Fortschritten der Breschnew-Aera gehört die Verstärkung der Zivilverteidigung. Während im Westen dieses Vorhaben mit den verschiedensten Argumenten hintertrieben wird, gehört seit dem 23. Parteitag der KPdSU die Absolvierung von 21 Uebungsstunden für die Zivilverteidigung zum Jahresprogramm eines jeden Sowjetbürgers. Die sowjetische Begründung ist in diesem Zusammenhang klar und einleuchtend: Während im Ersten Weltkrieg nur 5 Prozent aller Opfer aus der Zivilbevölkerung kamen, stammten im Zweiten Weltkrieg schon 48 Prozent aller Todesopfer aus der zivilen Bevölkerung. In den neueren Kriegen ist der Einbezug der Zivilbevölkerung noch deutlicher geworden.

Die Vermutung, dass die Sowjetunion mit dem 24. Parteitag zu einer schärferen Linie in der Aussenpolitik zurückkehren wird, lässt sich nicht nur anhand des totalen Militarierungsprogramms, sondern auch durch die Rede von Marschall Gretschko bestätigen. Es ist vor allem un-

wahrscheinlich, dass Gretschko sich ohne Genehmigung hätte leisten können, die Bundesrepublik bereits am Tage der Sowjetarmee (23. Januar 1971) als Hauptgefahr für den Frieden hinzustellen und vor den fast 5000 Delegierten des Parteitag den «amerikanischen Imperialismus» zu beschuldigen, dass er in seiner versuchten Rolle als «Weltpolizist» niemals mit den Aggressionsvorbereitungen aufgehört habe. Gretschko warf den Amerikanern vor, dass sie ihre Streitkräfte im Vergleich zum Vorkriegsstand verzehnfacht hätten, und erklärte, dass die Sowjetunion heute Gewalt mit überlegener Gewalt beantworten könne: «Die sowjetischen Streitkräfte verfügen über Waffen mit grösster Zerstörungskraft, die in der Lage sind, jeden beliebigen Punkt auf dem Erdball zu erreichen.»

Die Angriffe des sowjetischen Verteidigungsministers gegen die USA dürfen vor allem als eine Antwort auf die Ausführungen von Präsident Nixon vom 25. Februar dieses Jahres über das strategische Gleichgewicht verstanden werden. Nixon schlug in dieser Botschaft der UdSSR vor, das strategische Wettrüsten zu beenden und in dieser Hinsicht Zurückhaltung zu üben, denn die USA und die Sowjetunion hätten jetzt einen Punkt erreicht, wo ihre zahlenmässige Ueberlegenheit in den strategischen Streitkräften nur noch geringe militärische Bedeutung besitze. Der Versuch, eine grössere Ueberlegenheit zu erlangen, so betonte Nixon, würde ein Wettrüsten in Gang setzen, das sich letztlich als sinnlos erweisen werde.

Armee für internationalistische Bruderhilfe

Gretschko beendete seine Ansprache mit der Erklärung, dass die Sowjetstreitkräfte bereit seien, nicht nur den «Imperialismus zu zügeln», sondern auch ihre «internationalistische Pflicht» gegenüber den Werktätigen der sozialistischen Länder jederzeit zu erfüllen. Zumindest seit dem August 1968 wird dieser Hinweis als die schärfste Drohung an die «Freunde und Brüder» verstanden, die durch die Dezember-Unruhen in Polen eine neue Aktualität erhalten hat. Er ging dann aber weiter und versprach die Hilfe der sowjetischen Streitkräfte in Asien, im Nahen Osten und sogar in Afrika ganz im Sinne des weltweiten Engagements seines Landes. ■



Laut Gretschko hat die Armee auch die Aufgabe, die innenpolitische Linie der Partei zu unterstützen.